

Landtagsinfo Nr. 23 / 2014

Uli Sckerl MdL



Liebe Freundinnen und Freunde,

das waren die wohl wichtigsten politischen Schlagzeilen der vergangenen Woche im „Ländle“: In 6 langen Sitzungstagen hat der Finanzausschuss des Landtags den Doppelhaushalt 2015/16 verhandelt. Jetzt wird sich der Landtag selbst in 2. und 3. Lesung vom 10.-12. und am 17. Dezember abschließend mit dem rd. 87 Milliarden Euro umfassenden 2-Jahres-Plan beschäftigen. Grün und Rot haben sich endlich auf ein Informationsfreiheitsgesetz verständigt. Ein Entlassungsantrag der CDU gegen den SPD-Justizminister Reiner Stichelberger ist gescheitert. Baden-Württemberg bleibt an der Spitze bei der Energiewende. Und last but not least – wir haben einen Aktionsplan zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen vorgelegt. Hinzu kam die in den meisten Landeszeitungen sehr klein gehaltene Meldung, dass Uli Sckerl weiterhin Mitglied des Untersuchungsausschusses „Schlossgarteneinsatz der Polizei“ bleibt und dass ein „Rauswurfantrag“ der CDU nicht nur gescheitert ist, sondern auch rechtlich völlig unzulässig war. Dazu hieß es in dem in Konstanz erscheinenden „Südkurier“: (...) „Eine Affäre ist jedem schnell angedichtet: Gutachten-Affäre, Verschwörungs- Affäre, Hungertod-Affäre. Solche Schlagworte sind gut für Plakate, gut für Propaganda, aber schlecht für die Glaubwürdigkeit von Politik insgesamt. Denn längst nicht alles, was schief läuft, ist auch auf höchstem Niveau skandalisierbar“ (aus einem Kommentar von Gabriele Renz). Dem ist nichts hinzuzufügen.

Ich wünsche euch eine angenehme erste Adventswoche.

Herzliche Grüße, Uli

Auch wir grüßen alle Leserinnen und Leser unseres Newsletters sehr herzlich. Wir stehen wie immer für euch bereit. Meldet euch, wenn ihr Fragen oder sonstige Anliegen an die Landespolitik habt, aber auch, wenn ihr euch kritisch äußern wollt. Wie immer gilt die Arbeitsteilung – für landespolitische Anliegen ist das Büro in Stuttgart mit Tobi und Jutta zuständig: hans-ulrich.sckerl@landtag-bw.de
Und für alle Angelegenheiten im Wahlkreis – das Wahlkreisbüro mit Fadime: wk@uli-sckerl.de

Die besten Grüße auch von uns!

Fadime – Tobi – Jutta

Aus dem Landtag

Grün-rote Koalition einigt sich auf gemeinsames Eckpunktepapier:

Es hat lange gedauert, und es wurde hart verhandelt. Jetzt aber steht das von vielen Menschen geforderte und erwartete Informationsfreiheitsgesetz in seinen Eckpunkten fest. Grüne und SPD haben sich verständigt. „Unsere Eckpunkte, die in beiden Fraktionen beschlossen wurden, ebneten den Weg für ein Informationsfreiheitsgesetz, mit dem Baden-Württemberg zu den guten

Informationsfreiheitsgesetz kommt

Informationsangeboten anderer Bundesländer an die Bürger aufschließen kann,“ sagte Uli Sckerl dazu, der die Verhandlungen für die grüne Landtagsfraktion geführt hat. Für die Grünen ist es besonders wichtig, dass bei den künftigen Informationsrechten die sog. proaktive Informationspolitik von Ministerien, Behörden des Landes und der Kommunen eine zentrale Rolle spielen wird. Die schon vorhandenen Ansätze in Ministerien, Behörden und Kommunen, insbesondere im Internet über Vorhaben und Planungen zu informieren, die Bürger aber auch mehr als früher daran zu beteiligen, sollen deutlich ausgebaut, Informationspolitik soll die Regel werden. „Durch proaktive Informationspolitik sollen Bürgerinnen und Bürgern künftig direkt und ohne Hürde Informationen über staatliches Handeln zugänglich sein“. Das Gesetz werde im Einzelnen festlegen, welche Arten von Informationen künftig verpflichtend öffentlich zugänglich sein werden. Wichtig ist den Grünen auch, dass Auskunftgebühren keine abschreckende Wirkung haben dürfen. Es werde deshalb Höchstgrenzen geben. Uli Sckerl: „Wir wollen mit dem Informationsfreiheitsgesetz die Politik des Gehört Werdens mit noch mehr Transparenz und Information fortsetzen“. Im ersten Quartal 2015 soll der Gesetzentwurf aus dem Innenministerium vorliegen.

Weitere Informationen und die Eckpunkte zum Herunterladen:

<http://www.bawue.gruene-fraktion.g-cms.net/themen/demokratie-recht/informationsfreiheitsgesetz-wird-wichtiger-baustein-fuer-die-politik-des-gehört-werdens.html>

CDU-Antrag kläglich gescheitert:

Uli Sckerl bleibt im Mitglied im Schlossgarten - Untersuchungsausschuss

Die CDU-Landtagsopposition ist mit ihrem Versuch kläglich gescheitert, Uli Sckerl aus dem 2. Untersuchungsausschuss zum Schlossgarteneinsatz zu drängen. Der UA hat einen CDU-Antrag abgelehnt, Sckerl wegen „Befangenheit“ auszuschließen. Die CDU hatte diesen in der UA-Sitzung am 25.11. 2014 aufrechterhalten, obwohl die Landtagsverwaltung dargelegt hatte, dass der CDU-Antrag gar nicht zulässig war. Nachdem die CDU bereits erfolglos die Verfassungsmäßigkeit des UA angezweifelt hat, dann aber kleinlaut einen Rückzieher machen musste, wollte sie nun Uli Sckerl attackieren. Er müsse aus dem UA ausscheiden, weil er sich u.a. durch die Veröffentlichung eines Buches am Untersuchungsgegenstand wirtschaftlich bereichere“. Gemeint ist damit das Buch „Mit Kanonen auf Spatzen“, das Sckerl mit anderen Autoren im Februar 2011 (!!) veröffentlicht hatte. Das Buch war insbesondere vor den Landtagswahlen 2011 stark nachgefragt, weil es umfassend über den sog. „Schwarzen Donnerstag“ und die Ergebnisse des 1. Untersuchungsausschusses berichtete. Ein Ausschlussgrund aus einem parlamentarischen Gremium ist das selbstverständlich nicht. Entlarvend war, dass die CDU 3 Jahre und 9 Monate nach Erscheinen des Buches (!) diesen Antrag stellte. Sckerl wies darauf hin, dass die CDU das Buch seit Februar 2011 bestens kenne und genau wisse, dass die Autoren keinerlei Honorar bezogen haben. Der Erlös des Buches sei den Verletzten des „Schwarzen Donnerstag“ für ihre Verteidigung zur Verfügung gestellt worden. „Das Äußern von politischen Meinungen, auch in Form eines Buches, gehört zu den wesentlichen Aufgaben eines Abgeordneten. Das gilt auch für

Untersuchungsausschüsse, in denen alle Mitglieder politische Meinungen und Positionen vertreten, sagte Sckerl dazu.

Zusammen mit dem Obmann der SPD im 2. UA, Sascha Binder, stellte er fest: „Die Aufklärung der Hintergründe des 30.09.2010 ist für die CDU stets ein Dorn im Auge gewesen. Diese Aufklärung soll offensichtlich mit allen Mitteln verhindert werden“.

Weitere Informationen und Hintergründe: <http://www.bawue.gruene-fraktion.g-cms.net/themen/schlossgarten-ii/stoerfeuer-der-cdu-im-untersuchungsausschuss-schlossgarten-gescheitert.html>

Entlassungsantrag der CDU gegen SPD-Justizminister im Landtag gescheitert

Alle Jahre wieder – die CDU hat zum vierten Mal erfolglos einen Entlassungsantrag gegen einen SPD-Minister im Kabinett von Ministerpräsident Kretschmann gestellt. Der Antrag gegen Justizminister Rainer Stickelberger scheiterte an der Koalitionsmehrheit, auch die FDP enthielt sich bei der Abstimmung. Hintergrund ist der tragische Hungertod eines afrikanischen Häftlings in der Justizvollzugsanstalt Bruchsal, der am 9. August d.J. an den Folgen von Unterernährung nach monatelanger Verweigerung der Anstaltsnahrung gestorben war. Minister Stickelberger hat daraufhin eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet, um eine Wiederholung eines derartigen dramatischen Falles auszuschließen. Hier hatten in der JVA Bruchsal alle Warnsysteme versagt. Der Gefangene saß in nicht genehmigter Einzelhaft, es erfolgten über seinen Fall im fraglichen Zeitraum keine Meldungen an das Justizministerium. Die zuständige Abteilung übersah gleichwohl gravierende Hinweise, es kam zu einer Verkettung von Behördenversagen und Fahrlässigkeit. Mit der Entlassung des zuständigen Abteilungsleiters im Ministerium und der Suspendierung der Verantwortlichen in der JVA, darunter der Leiter der Anstalt, sind auch personelle Konsequenzen gezogen worden. Gegen einen Rücktritt des Ministers hatten sich beide Koalitionsfraktionen einstimmig ausgesprochen. Ministerpräsident Kretschmann hatte Stickelberger sein Vertrauen ausgesprochen.

Baden-Württemberg bei Ökoenergie vorne

Baden-Württemberg liegt bei der Nutzung erneuerbarer Energien im Ländervergleich auf dem zweiten Platz. Das ist das Ergebnis einer Vergleichsstudie im Auftrag der Agentur für Erneuerbare Energien. „Grün-Rot hat in den letzten drei Jahren wichtige Impulse für die Energiewende gesetzt“, merkte Uli Sckerl an. Die über 200 Seiten lange vergleichende Studie zeigt: Baden-Württemberg kann sich im Vergleich zum Jahr 2012 vom vierten auf den zweiten Platz verbessern. Besonders gut schnitt der Südwesten bei den Anstrengungen zur Nutzung erneuerbarer Energien ab. Hier liegt Baden-Württemberg mit deutlichem Abstand an der Spitze der Bundesländer. Als Gründe für die Führungsposition nennt die Studie vor allem die ambitionierte Energiepolitik, die klaren Ziele und das Monitoring beim Ausbau der erneuerbaren Energien und die umfangreichen Förderprogramme in diesem Bereich. Was die Erfolge beim Ausbau und der Nutzung regenerativer Energien angeht, landete der Südwesten auf dem dritten Platz. Das Land schneidet hier

vor allem auch bei der Solarenergie und der Wasserkraft gut ab.

Informationen zur Studie: <http://www.unendlich-viel-energie.de/bundeslaender-vergleichsstudie-erneuerbare-energien-2014>

Landtag wird familienfreundlich

Der Landtag von Baden-Württemberg ermöglicht als erstes Parlament in Deutschland seinen Mitgliedern ab sofort die Inanspruchnahme einer Elternzeit. Zu diesem Zweck wurde die Geschäftsordnung geändert. „Wir setzen ein Zeichen für die Vereinbarkeit von Familie und Mandat. Zukünftig können junge Mütter und Väter sich die Zeit nehmen, um die ersten Monate mit ihrem Kind zu verbringen“ sagt Uli Sckerl, der als parlamentarischer Geschäftsführer der Grünen an dieser interfraktionellen Initiative mitgearbeitet hatte. Die /der Abgeordnete in Elternzeit wird nicht nur von Sitzungen befreit. Durch ein sog. „Pairing“ wird bei Abstimmungen auch dafür gesorgt, dass sich an den Mehrheitsverhältnissen im Landtag nichts ändert. Der erste MdL, der die Elternzeit in Anspruch nehmen wird, ist übrigens Kai Schmidt-Eisenlohr aus dem Wahlkreis Wiesloch.

Beitrag über die neue Vereinbarung:

http://www.deutschlandfunk.de/elternzeit-pampers-statt-parlament.680.de.html?dram:article_id=304520

Landesaktionsplan gegen Gewalt an Frauen vorgestellt

In der vergangenen Woche wurde der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen begangen. Dass dieses Thema nach wie vor unserer Aufmerksamkeit bedarf zeigt die Statistik leider deutlich: Vier von zehn Frauen in Deutschland waren schon mindestens einmal Opfer körperlicher oder sexueller Gewalt. Um auf diese Situation zu reagieren hat die Landesregierung nun einen Landesaktionsplan gegen Gewalt an Frauen vorgelegt. Ziel: Frauen, die Opfer von Gewalt geworden sind, soll besser geholfen werden. Der Landesaktionsplan bietet erstmals eine vollständige Übersicht über das Hilfesystem in Baden-Württemberg. Darauf baut ein Maßnahmenkatalog auf, um die Hilfen noch zielgenauer anbieten zu können. Anders als in anderen Bundesländern richtet der Plan dabei den Fokus nicht nur auf häusliche Gewalt, sondern auch auf sexuelle Gewalt, Menschenhandel, Zwangsprostitution und Zwangsehen. In den vergangenen zwei Jahren erarbeitete das Sozialministerium den Plan gemeinsam mit allen wichtigen Akteuren im Land. Für die Umsetzung des Aktionsplans stehen in den kommenden beiden Jahren insgesamt 3,6 Millionen Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen: <http://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/bessere-hilfen-bei-gewalt-gegen-frauen/>

Nachdruck einer dpa-

(dpa/lsw) - SWR-Moderator Wieland Backes hat dem baden-

Meldung:
Wieland Backes:

***Mappus war Alptraum für
Baden-Württemberg***

württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann (Grüne) ein positives Zeugnis ausgestellt. Es herrsche ein guter Grundgeist in Baden-Württemberg, weil Kretschmann die Brücke baue von der Bürgerlichkeit in eine offene Gesellschaft, sagte Backes der «taz». «Das hat dem Land gutgetan, wie es dem Land auch gutgetan hat, nicht im Besitz einer Partei oder Koalition zu sein», sagte der 68-Jährige.

Backes, der sich selbst keiner Partei zurechnet, übte harsche Kritik an dem Vorgänger von Kretschmann. «Ich bekenne offen, dass ich einen Ministerpräsidenten Stefan Mappus (CDU) für einen Alptraum für dieses Land und einen Tiefpunkt der baden-württembergischen Politik gehalten habe», sagte er.

Aus dem Wahlkreis

**Grüne heißen
Neckarsteinach
willkommen
Sckerl/Schneidewind-
Hartnagel:**

***Bewährte Zusammenarbeit
im gemeinsamen
Bundesland ausbauen***

Die Mitglieder des Landtags von Baden-Württemberg aus der Metropolregion Charlotte Schneidewind-Hartnagel und Uli Sckerl (Grüne) begrüßen die „Wechselbereitschaft“ von Neckarsteinach nach Baden-Württemberg. „Aus unserer Sicht ist das eine gute Sache – herzlich Willkommen liebe Nachbarn am Neckar“, sagten die beiden in einer Erklärung. Für beide ist es ein Signal, dass die Kommunen von der grün-roten Landesregierung gut und fair behandelt werden.

Charlotte Schneidewind-Hartnagel kennt zudem die Situation in der „Enklave“ am Neckar aus Eberbacher Sicht nur zu gut. „Es ist schwierig, sozusagen als Speerspitze nach Baden-Württemberg hineinzuragen, aber weite Wege innerhalb von Hessen zurücklegen zu müssen, wenn es um Einrichtungen der Daseinsvorsorge oder z.B. den Besuch von Schulen geht“. Eine „durchgehende badische Achse“ entlang des Neckartals würde allen Kommunen weiterhelfen. Uli Sckerl erinnerte daran, dass es schon lange eine bewährte Zusammenarbeit gibt. Ein Beispiel sei vor Jahren der unbürokratische Anschluss an das Abfallsammelsystem des Rhein-Neckar-Kreises, bzw. der AVR gewesen. „Hier hat sich kommunale Partnerschaft bewährt, die gerne im gemeinsamen Bundesland fortgesetzt werden kann“, sagte er. Beide Abgeordnete sind jetzt sehr gespannt, ob durch die Interessensbekundung der 4-Burgen-Stadt am Neckar eine neue Dynamik entsteht.

**Keine Kürzung der
Straßenmittel durch
das Land**

Nach einem Artikel in der „RNZ“ vom zurückliegenden Wochenende ist eine Diskussion über einen angeblichen „Sparzwang“ beim künftigen Winterdienst des Rhein-Neckar-Kreises für die von ihm betreuten Kreis-, Landes- und Bundesstraßen entstanden. Darauf hat jetzt der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen im Landtag und ehrenamtliche Kreisrat Uli Sckerl reagiert. „Das Land hat keine Unterhaltungsmittel gekürzt, im Gegenteil. Die Stadt- und Landkreise erhalten vom Land in den nächsten beiden Jahren 27,6 Mio. Euro mehr als bisher. 2015 gebe für die Unterhaltungsmittel, zu denen die Kosten des Winterdienstes gehören, allein eine Steigerung um 16,8 Mio.

Euro. Das ergebe sich aus dem Entwurf des Doppel-Haushalts 2015/16, der derzeit in den Gremien des Landtags beraten werde. „Wir schaffen die Voraussetzungen, dass auch der Rhein-Neckar-Kreis seinen Unterhaltsverpflichtungen bei den Straßen nachkommen kann“, so Sckerl weiter.

Hintergrund sei, dass das Land seit der Verwaltungsreform ab 2005 den Stadt- und Landkreisen pauschal die Kosten für die Unterhaltung und Instandhaltung der Landesstraßen erstatte. Veranschlagt seien dafür in 2015 insgesamt 77,6 Mio. Euro und in 2016 71,6 Mio. Euro. In Abstimmung mit der Landesregierung wurde die Pauschale an die Stadt- und Landkreise rückwirkend ab 2014 bis 2017 einvernehmlich an die inflationsbedingte Entwicklung der Preise angepasst. Über die weitere Entwicklung der Kosten wird dann ab 2018 neu verhandelt.

**Grün-rote
Landesregierung
fördert
Berufserprobung von
Schülern im Kreisgebiet**

Im Rahmen des Förderprogramms "ProBeruf" wird die Berufserprobung von 855 Schülerinnen und Schülern im Rhein-Neckar-Kreis und Neckar-Odenwald-Kreis in überbetrieblichen Bildungszentren mit insgesamt 171.000 Euro gefördert.

Schülerinnen und Schüler der Klassen acht und neun von Haupt-, Werkreal-Real- und Gemeinschaftsschulen erleben in rund 80 Stunden durch praktische Berufserprobung, wo ihre individuellen Stärken liegen und bekommen so realistische Vorstellungen von den Ausbildungsberufen. Die praktische Berufsorientierung durch das Programm 'ProBeruf' erleichtert ihnen die Berufswahl und den direkten Übergang von der Schule in die Ausbildung. Eine vom Ministerium für Finanzen und Wirtschaft finanzierte aktuelle Studie des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) hat herausgefunden, dass Ausbildungsabbrüche oft auf falsche Berufswahlentscheidungen zurückzuführen sind. Das IAW empfiehlt, schon während der Schulzeit verstärkt Praxiserfahrungen zu ermöglichen. "ProBeruf" setzt hier an, indem mindestens drei Berufe praktisch erprobt werden können und dient so der Prävention von Ausbildungsabbrüchen. Dabei wird an die Potenzialanalyse angeknüpft, die an baden-württembergischen Haupt-, Werkreal- und Realschulen ab Klasse sieben verbindlich eingeführt wurde.

Die Handwerkskammer Mannheim erhält 129.000 Euro für die Berufserprobung von 645 Schülerinnen und Schülern in den Berufen Bäcker/-in, Feinwerkmechaniker/-in, Metallbauer/-in, Friseur/Kosmetiker/-in sowie den Berufsfeldern Kfz, Elektro, Sanitär, Bau, Holz, Farbe, IT und Wirtschaft/Verwaltung. Die Handwerkskammer Mannheim kooperiert u.a. mit der **Dietrich-Bonhoeffer-Werkrealschule Weinheim**.

Die Berufserprobungen starteten im September 2014 und dauern bis August 2015.

Termine

Zur Asyl- und Flüchtlingspolitik

Montag, 01.12.2014, 20 Uhr, Hirschberg – OT Großsachsen, Anbau alte Turnhalle

Informations- und Diskussionsabend zum Thema Flüchtlinge.

Eine Veranstaltung der Grünen Liste mit Ursula Hill (Flüchtlingshilfe) und Uli Sckerl

<http://www.gruene-hirschberg.de/termine/>

Wie bitte geht Inklusion?

Dienstag, 02.12.2014, 20 Uhr, Ladenburg, Domhofsaal

Informations- und Diskussionsabend zum Thema Inklusion. Eine Veranstaltung des OV Ladenburg und KV Neckar-Bergstraße.

Kreisversammlung (die letzte im Hotel zur Pfalz)

Montag, 15.12.2014, 20 Uhr, Schriesheim Hotel zur Pfalz

www.uli-sckerl.de